th

PFALZBOTE

Kommentar

Über die Aussagekraft von Kriminalstatistiken

Kriminalstatistiken sind wirksame politische Instrumente, um öffentliche Räume als Kriminalitätsschwerpunkte zu definieren und repressive Polizeistrategien oder Videoüberwachung zu legitimieren. Was gilt es bei der Interpretation von Kriminalstatistiken zu berücksichtigten? *von Timo Heidl und Theresa Glatzel (22.03.2022, redigiert am 24.11.2024)*

Nach der jährlich vom Bundeskriminalamt veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), besitzt die Stadt Frankfurt regelmäßig eine hohe Kriminalitätsbelastung und galt von 2017 bis 2019 als gefährlichste Stadt in Deutschland. Zweitplatziert, trat sie dieses Narrativ erst im Jahr 2020 an Berlin ab. Die PKS bezifferte in diesem Jahr die Straftaten in Frankfurt auf 102.897, konstatierte aber immerhin einen Rückgang von 10,5 Prozent zum Vorjahr. München galt derweil im Jahre 2020 als sicherste Großstadt in Deutschland, ein Prädikat, welches München bereits in den Vorjahren für sich verbuchen konnte. Warum ist es in Frankfurt nun so viel gefährlicher als in München? Frankfurt wird als Pendlerstadt und aufgrund des Flughafens mit jährlich über 70 Millionen Fluggästen von vielen Menschen frequentiert. Delikte, die mit Einreise, Staatsangehörigkeit, Pässen, Aufenthaltsstatus verknüpft sind und am Flughafen festgestellt werden, werden dort gemeldet und konnotieren den Stadtteil somit als Kriminalitätsschwerpunkt. Zudem werden Delikte unabhängig davon erfasst, ob der Delinquent Einwohner einer Stadt ist, die Anzahl der Delikte aber prozentual auf die dort gemeldete Einwohnerzahl berechnet. Indes fußt das Prädikat **Sichere Stadt** zuallererst auf dem institutionsübergreifenden Konsens, dass München als sichere Stadt gelten muss. Eine mit diesem Image verknüpfte subjektive Sicherheit erhöht beispielsweise die touristische Attraktivität, steigert den Wert von Immobilien oder ist eine Vorbedingung für die Gentrifizierung. Darin eingeflochten sind Polizei, Stadtverwaltung und Politik, aber auch die mediale Berichterstattung. Das veranlasst die Polizei weniger Anzeigen aufzunehmen oder Straftaten niedriger zu kategorisieren. Eine schwere Körperverletzung wird somit zu einer einfachen Körperverletzung oder auf Volksfesten medial als Volkskultur bagatellisiert. Die Kriminalitätsbelastung

und die Schwere der Straftaten beruhen somit auch darauf, wie in einer Stadt kriminalisiert wird.

Anzunehmen, dass Frankfurt gefährlicher als München ist, ist damit unbegründet. Vielmehr stellt sich die Frage, warum in Frankfurt und München unterschiedlich kriminalisiert wird.

Die Hamburger Regierungsbeteiligung der Schill-Partei prägten seinerzeit Konflikte über die innere Sicherheit. Konservative und Sozialdemokraten gaben einander die Schuld für die hohe Kriminalitätsbelastung, während die Schill-Partei eine Stärkung der inneren Sicherheit für notwendig erachtete. Wenn in solch einer Konstellation die Polizei mit gleichzeitigen Kürzungen ihrer Mittel konfrontiert wird, ist es dann nicht naheliegend, dass die Polizei Anzeigen höher kategorisiert? Am Beispiel München, Frankfurt und Hamburg lässt sich somit ableiten, dass die Kriminalitätsbelastung auch in der Art und Weise zustande kommt, wie kriminalisiert wird. Die Kriminalstatistiken sagen folglich nichts über die Sicherheit oder Gefährlichkeit einer Stadt aus, können aber aufschlussreich für das Verständnis von Kriminalisierungsprozessen sein.

Kriminalprävention

Auch kriminalpräventive Instrumente wie Videoüberwachung beeinflussen Kriminalstatistiken. Videoüberwachung eines öffentlichen Raums erhöht allerdings nicht automatisch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, sondern kann sich auch gegenteilig auswirken, weil sie eine erhöhte Kriminalität suggeriert. Einerseits steigt die Deliktrate, weil mehr beobachtet und registriert wird, andererseits sinkt die Deliktrate, weil die Videoüberwachung zu Verdrängungseffekten von Kriminalität in unbeobachtete Räume führt. In beiden Fällen blieb der öffentliche Raum allerdings unverändert. Prävention wirkt sich demzufolge unterschiedlich auf die Kriminalstatistiken aus, aber ohne den Rückschluss, ob ein öffentlicher Raum gefährlicher oder sicherer wurde. Videoüberwachung kann sich dabei auch gegen den Bürger richten.

Etikettierungsansatz (Kriminalität als Zuschreibung)

Zudem werden Handlungen erst durch Zuschreibung kriminalisiert. Kriminalität ist folglich nur das, was polizeilich und strafrechtlich verfolgt und prozessiert wird. Das bildet die Basis für die Kriminalstatistiken und ist zugleich abhängig von Zeit und Raum. Beide Komponenten erhöhen oder verringern die Wahrscheinlichkeit, ob eine Handlung eine kriminelle Zuschreibung erfährt. Im Kontext Rauschgiftkriminalität gibt es Gegenden mit hohen und niedrigen Deliktbelastungen. Das sagt aber nichts darüber aus, ob in einer Gegend tatsächlich ein

hoher Rauschgifthandel oder Rauschgiftkonsum herrscht, sondern lediglich, dass viel kontrolliert und angezeigt wird. Es ist wahrscheinlicher an einem großstädtischen Hauptbahnhof kontrolliert und für eine Handlung angezeigt zu werden als in einem peripheren Stadtteil. Der Hauptbahnhof wird somit erst durch viele systematische Kriminalitätszuschreibungen zu einem kriminellen Ort. Das ist eine Vorbedingung für die Stigmatisierung als Brennpunkt, um hernach als machtpolitisches Instrument präventive Sicherheitskonzepte zu implementieren. Räumliche Unterschiede sind aber nicht für kriminelle Handlungen verantwortlich, sie wirken sich lediglich darauf aus, ob und wann jemand von einer Strafverfolgungsbehörde als kriminell behandelt wird. Das erklärt mitunter auch, warum als sozialer Brennpunkt stigmatisierte Stadtteile eine höhere Kriminalitätsrate aufweisen. Es ist wahrscheinlicher, dass in einer dort dicht gedrängten Großwohnsiedlung häusliche Gewalt oder Rauschgiftkonsum zur Anzeige gebracht und kriminalisiert wird als in einem Villenviertel.

Unterschied zwischen Tatverdacht und Verurteilung

Kriminalstatistiken erfassen nicht die tatsächliche Kriminalität, sondern den Tatverdacht nach Abschluss der polizeilichen Ermittlung und Aktenübergabe an die Staatsanwaltschaft. Löst sich der Tatverdacht danach auf oder gestaltet sich anders, bleibt diese Veränderung in den Kriminalitätsstatistiken unberücksichtigt. Darum wissen auch die Verfasser, entsprechend findet sich immer der Hinweis: „Die PKS bietet kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität.“ Kriminalitätsstatistiken taugen aber nur dann als machtpolitisches Instrument, wenn diese Lesart im öffentlichen Diskurs verschwiegen wird. Die öffentliche Wahrnehmung, die durch Statistiken geprägt wird, kann wiederum das künftige polizeiliche Handeln und damit die nächste Statistik beeinflussen. Wird ein Stadtteil durch eine hohe Fallzahl in der PKS als „gefährlich“ etikettiert, legitimiert dies den Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte. Diese verstärkte Präsenz führt zwangsläufig zu mehr Kontrollen, mehr Entdeckungen von (auch Bagatell-) Delikten und damit zu einer erneut hohen Fallzahl in der nächsten Statistik. Der „Brennpunkt“-Status verfestigt sich somit in einer Feedback-Schleife, die weniger mit der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung zu tun hat als mit der Logik der Kontrollressourcen. Die Statistik wird so zur Grundlage für Interventionen, die sie selbst immer wieder bestätigen.

Racial Profiling und Ausländerkriminalität

Noch im Juli 2020 hielten der damalige Innenminister Horst Seehofer und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, Untersuchung zu rassistischen Polizeikontrollen für unangemessen. Nach monatelangem öffentlichem Diskurs gab Horst

Seehofer im Dezember 2020 eine wissenschaftliche Studie zur Polizei in Deutschland in Auftrag. Ist es aufgrund von Rassismus, Othering und undifferenzierter öffentlicher Diskurse wahrscheinlicher als Ausländer verdächtigt und kontrolliert zu werden? Begünstigend könnte die für eine täuschende Argumentation zweckdienliche Konnotation Ausländerkriminalität sein. Die PKS definiert Ausländer als Tatverdächtige ohne deutschen Pass und unterscheidet dabei in legale und illegale Aufenthalte. Unter legale Aufenthalte fallen sowohl Asylbewerber als auch Studenten, Touristen oder Arbeitnehmer und mit einem stellenweise hohen, aber undifferenzierten Anteil sogenannte Sonstige. Im öffentlichen Diskurs und der medialen Berichterstattung wird häufig nicht derart differenziert. Eingangs konstatierten wir, dass Delikte, die mit Einreise, Staatsangehörigkeit, Pässen, Aufenthaltsstatus verknüpft sind und am Flughafen Frankfurt Main festgestellt, dort auch gemeldet werden und den Stadtteil als vermeintlichen Kriminalitätsschwerpunkt ausweisen. Der Flughafen Frankfurt Main besitzt demzufolge auch eine hohe Ausländerkriminalität. Rechtspopulistische Akteure nutzen undifferenzierte Betrachtungsweisen gerne, um Ausländer im Vergleich zu deutschen Staatsangehörigen als krimineller zu stigmatisieren oder Flüchtlinge unter einen Generalverdacht zu stellen. Was bedeutet das für die PKS? Dort werden nur das Hellfeld und die Verhaftungen, nicht aber das Dunkelfeld und die Verurteilungen registriert. Auch ein erhöhtes Hellfeld bei Ausländern sagt nichts darüber aus, ob Ausländer krimineller als deutsche Staatsangehörige sind, könnte aber ein Hinweis auf Racial Profiling sein. Hinzu kommt ein statistisches Grundproblem: Die PKS setzt die Zahl der tatverdächtigen Ausländer in Relation zur deutschen Wohnbevölkerung. Personen im Alter unter 14 Jahren, die kaum tatverdächtig werden, werden somit in der Bezugsgruppe mitgezählt, nicht aber in der Gruppe der potenziell Verdächtigen (Ausländer ohne deutschen Pass). Zudem wird die große Zahl durchreisender oder kurzzeitig anwesender Ausländer (Touristen, Geschäftsreisende, Durchreisende am Flughafen) nicht als eigene Risikopopulation in der Nenner-Berechnung berücksichtigt. Diese methodischen Verzerrungen führen systematisch zu einer statistischen Überhöhung der „Ausländerkriminalität“, die von vornherein in der Erhebungslogik angelegt ist.

Die unterschiedliche Kriminalisierung: Ein systemischer Blick

Die Folgen dieser statistisch konstruierten Bilder sind konkret und schwerwiegend. Die Etikettierung als „kriminalitätsbelasteter“ Raum oder Personengruppe hat reale Auswirkungen jenseits der Polizeistatistik. Sie kann zu einer Abwertung von Stadtteilen führen, Investitionen verhindern und die soziale Spaltung vertiefen. Für die dort lebenden Menschen bedeutet sie eine pauschale Stigmatisierung und erhöhte soziale Kontrolle. Die Statistik wird so zum Ausgangspunkt für politische und planerische Entscheidungen (wie verdichtete Videoüberwa-

chung, Aufenthaltsverbote oder defensive Architektur), die wiederum bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließen und den öffentlichen Raum verändern. Die kritische Frage ist daher nicht nur, was die Statistik abbildet, sondern was sie durch ihre Wirkung selbst erzeugt. Die Beispiele zeigen somit, dass Kriminalisierung kein neutraler, sondern ein höchst kontextabhängiger Prozess ist. Unterschiede in den Statistiken zwischen Städten oder Stadtteilen sind oft weniger ein Abbild realer Gefährdungslagen, sondern vielmehr ein Produkt spezifischer Kriminalisierungsregime. Diese Regime setzen sich zusammen aus:

1) **Politisch-administrativen Vorgaben:** Prioritätensetzungen (z.B. „Null-Toleranz“, „Deeskalationsstrategien), Ressourcenausstattung und Erfolgsdruck auf Polizeibehörden.
2) **Lokalen Praktiken und Kulturen:** Die Ermessenspraxis der Polizei vor Ort, die von der offiziellen Linie abweichen kann und stark von internen Narrativen und Routinen geprägt ist.
3) **Sozioökonomischen und räumlichen Strukturen:** Die Konzentration von Kontrollressourcen auf bestimmte, oft schon marginalisierte Räume (Bahnhöfe, soziale Brennpunkte) erzeugt dort automatisch höhere Fallzahlen im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung.
4) **Medialen und öffentlichen Erwartungen:** Der Druck, ein bestimmtes Image (der Sicherheit oder der Gefahr) zu bedienen oder zu bekämpfen, lenkt polizeiliches Handeln und die statistische Erfassung. Ein Stadtteil wird nicht gefährlich, weil er viele Straftaten aufweist; er weist viele Straftaten auf, weil er als gefährlich gilt und folglich intensiv kontrolliert wird. Diese fundamentale Umkehrung der Kausalität ist der Kern des Kriminalisierungsansatzes. Die Statistik misst somit in hohem Maße die Intensität und Schwerpunktsetzung sozialer Kontrolle, nicht das Ausmaß abweichenden Verhaltens. Die unterschiedliche Kriminalisierung zwischen Frankfurt und München, zwischen Bahnhofsviertel und Villenstraße, ist daher kein statistisches Artefakt, sondern das zentrale Ergebnis eines gesellschaftlichen Macht- und Definitionsprozesses, der in der PKS lediglich seinen zählbaren Niederschlag findet.

Quellen:

Vier Experteninterviews

Experte 1 arbeitet beim Präventionsrat in Frankfurt am Main.

Experte 2 arbeitet als Professor am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Experte 3 arbeitet beim Landeskriminalamt Hessen.

Experte 4 arbeitet beim Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Gründe für die Auswahl der Experten:

Experte 1 kann als Mitglied des Präventionsrates Einblicke in die Geschichte kommunaler Prävention und deren Praxisrelevanz geben. Experte 2 zählt zu den bedeutenden Vertretern der kritischen Kriminalgeographie, wodurch die traditionelle Kriminalgeographie eine kritische Betrachtung erfährt. Die Experten 3 und 4 arbeiten auf Landesebene in der Abteilung für städtebauliche Kriminalprävention, die auf kriminologischen Theorien basiert.